

Triumph und Desaster: Die SPD im deutschen Parteiensystem nach der Vereinigung

Oskar Niedermayer



Oskar Niedermayer

Zusammenfassung

Die Bundestagswahl 1998 wurde zu einem Triumph für die SPD: Erstmals nach mehr als einem Vierteljahrhundert konnte sie die Union schlagen und zur stärksten Partei werden. Ein Jahrzehnt später, bei der Bundestagswahl 2009, erlebte die SPD ein Desaster: Sie blieb weit hinter der Union und fuhr das mit Abstand schlechteste Wahlergebnis ihrer gesamten Nachkriegsgeschichte ein. Wie konnte es zu dieser dramatischen Veränderung kommen? Der Artikel beantwortet diese Frage anhand einer Analyse der drei Faktorenbündel, die die Stellung einer Partei im Parteienwettbewerb über die Zeit hinweg beeinflussen (Angebotsfaktoren, Nachfragefaktoren und Rahmenbedingungen des Wettbewerbs). Es wird gezeigt, dass der Sieg der SPD 1998 wesentlich auf den Abbau der wegen des strukturell größeren Wählerpotenzials der Union jahrzehntelang bestehenden, nachfragebedingten Asymmetrie zwischen den beiden Volksparteien zurückzuführen war und dass die Niederlage 2009 auf den Beginn einer neuen, nun angebotsbedingten strukturellen Asymmetrie hindeutete, die die SPD durch die Veränderung ihrer Position im Sozialstaatskonflikt und die dadurch bewirkte Strukturveränderung des Parteiensystems in Gestalt der Linkspartei selbst erzeugt hat.

Die Bundestagswahl 1998 wurde zu einem Triumph für die Sozialdemokratie: Erstmals seit mehr als einem Vierteljahrhundert konnte sie die Union schlagen und zur stärksten Partei werden. Die SPD mobilisierte ein Drittel der Wahlberechtigten (33,2%) für sich, nur 28,5% gaben der CDU/CSU ihre Stimme. Durch den Erfolg der SPD konnte trotz des relativ schwachen Abschneidens der Grünen eine rot-grüne Koalition gebildet werden. Damit gelang erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ein vollständiger Machtwechsel, d.h. die Ersetzung aller Regierungsparteien durch die bisherigen Oppositionsparteien. Ein Jahrzehnt später, bei der Bundestagswahl 2009, erlebte die SPD ein Desaster: Sie fuhr das mit Abstand schlechteste Wahlergebnis ihrer gesamten Nachkriegsgeschichte ein und konnte nur noch 16,1% der Wahlberechtigten für sich mobilisieren. Dass die Union mit nur 23,6% auch schlecht abschnitt, war ein schwacher Trost, denn diese konnte damit die SPD aus der regierenden Großen Koalition werfen und mit der FDP eine schwarz-gelbe Regierung bilden. Wie konnte es zu dieser dramatischen Veränderung kommen? Zur Beantwortung dieser Frage müssen die Faktoren untersucht werden, die die Stellung einer Partei im Parteienwettbewerb über die Zeit hinweg beeinflussen. Dabei lassen sich drei Faktorenbündel unterscheiden: Angebotsfaktoren, Nachfragefaktoren und Rahmenbedingungen des Wettbewerbs.

die Stellung einer Partei im Parteienwettbewerb

- Angebotsseite Die Angebotsseite des Wettbewerbs bilden die SPD selbst und ihre Konkurrentinnen, die durch den Einsatz von Ressourcen (z.B. Spitzenkandidaten, Mitglieder und Wahlkampfmittel), durch inhaltliche Politikangebote (z.B. die Betonung sozialer Gerechtigkeit oder die Position zu Afghanistan) und mit Hilfe unterschiedlicher Strategien (z.B. Koalitionsaussagen) versuchen, Wahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen bzw. für sich zu entscheiden. Die Nachfrageseite wird durch die Bürgerinnen und Bürger – genauer: durch die Wahlberechtigten – gebildet, wobei sowohl deren soziale Gruppenzugehörigkeit als auch deren Orientierungen und Verhaltensweisen und insbesondere die zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinien eine Rolle spielen. Der Wettbewerb wird zudem durch eine Reihe von Rahmenbedingungen beeinflusst, die von den Teilnehmern einerseits beachtet werden müssen, andererseits aber auch zum Teil – zumindest mittelfristig – beeinflusst werden können. Hierzu gehören als erstes die rechtlichen Bestimmungen (also das Wahlgesetz, das Parteiengesetz und die rechtlichen Voraussetzungen für ein Parteienverbot), die festlegen, wer an einer Wahl teilnehmen kann und wie sie ablaufen muss. Die zweite Gruppe von Rahmenbedingungen bilden die Medien, Verbände und sozialen Bewegungen, die einerseits durch ihre Aktivitäten die Wahl beeinflussen und andererseits Adressaten der Parteien sind, die sie in ihrem Sinne zu instrumentalisieren versuchen. Zusätzlich werden Wahlen noch von einer ganzen Reihe von ökonomischen, sozialen, innen- und außenpolitischen, ökologischen und technologischen Entwicklungen bzw. Ereignissen beeinflusst. Auch die Gestalt des Parteiensystems gehört vor einer Wahl zu den Rahmenbedingungen des Wettbewerbs. Sie definiert für die Wahlberechtigten die Gesamtheit des politischen Angebots und für die einzelnen Parteien ihre Wettbewerbssituation. Veränderungen im Bereich des Angebots, der Nachfrage oder der Rahmenbedingungen können zu Veränderungen der Akteursstruktur des Parteiensystems führen – also zu Zusammenschlüssen oder Abspaltungen von bestehenden Parteien sowie zur Auflösung von Parteien oder zur Gründung neuer Parteien – die dann wieder das Verhalten der Wettbewerbsteilnehmer beeinflussen.
- Nachfrageseite
- Rahmenbedingungen
- strukturelle Asymmetrie Bei Parteiensystemen wie dem der Bundesrepublik, die durch zwei große Parteien dominiert werden, kann das Verhältnis der beiden Parteien entweder durch eine prinzipielle Chancengleichheit oder durch längerfristige Wettbewerbsvorteile einer der beiden Parteien gekennzeichnet sein. Ist letzteres der Fall, sprechen wir von einer strukturellen Asymmetrie, die in zwei unterschiedlichen Formen vorliegen kann: Hat eine der Parteien einen Wettbewerbsvorteil, weil ihr längerfristiges Wählerpotenzial deutlich größer ist, so liegt eine „nachfragebedingte“ Asymmetrie vor. Hat sie den längerfristigen Vorteil dagegen aufgrund der Tatsache, dass die andere Partei Konkurrentinnen hat, die ihr einen Teil ihrer potenziellen Wähler abspenstig machen, so liegt eine „angebotsbedingte“, durch die Akteursstruktur des Parteiensystems verursachte Asymmetrie vor.
- Auf diesen Überlegungen aufbauend, soll nun das Verhältnis der beiden Volksparteien untersucht werden. Da die Veränderung der Stellung von SPD und Union im Parteienwettbewerb nach der Vereinigung ohne Rückgriff auf die Vorgeschichte nicht zu verstehen ist, wird zunächst die Entwicklung in der alten Bundesrepublik analysiert.

1. Die Herausbildung und Aufrechterhaltung einer nachfragebedingten strukturellen Asymmetrie zugunsten der Union in der alten Bundesrepublik

Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland wurde von Anfang an von Union und SPD geprägt, auch wenn es bei der ersten Bundestagswahl 1949 noch relativ zersplittert und die Dominanz der beiden Parteien noch nicht so stark ausgeprägt war. Während der Herausbildung des Parteiensystems Ende der Vierzigerjahre war das Kräfteverhältnis zwischen Union und SPD noch relativ ausgeglichen. In den Fünfzigerjahren vollzog sich dann jedoch ein Konzentrationsprozess, der deutlich stärker zugunsten der Union verlief und sie gegenüber der SPD in eine strukturelle Vorteilsposition brachte.

Zurückzuführen war dies zunächst auf eine Veränderung des Wahlsystems: Zog 1949 eine Partei in den Bundestag ein, wenn sie in einem Bundesland mehr als fünf Prozent der Stimmen erreichte, so musste diese Hürde ab 1953 im gesamten Bundesgebiet übersprungen werden. Während diese Veränderung der Rahmenbedingungen zu einer Stimmenkonzentration auf größere Parteien führte und damit SPD und Union nützte, begünstigte eine Reihe von anderen Faktoren einseitig die Union: (1) Beide Parteien waren ihren bis zur Entstehung des deutschen Parteiensystems im Gründungsjahrzehnt des Kaiserreichs zurückreichenden historischen Wurzeln verhaftet, nämlich dem Klassenkonflikt und der konfessionell-religiösen Konfliktlinie, die sich in der Bundesrepublik in dem ökonomischen Gegensatz zwischen einer mittelständisch-freiberuflichen Orientierung und einer Arbeitnehmer-/Gewerkschaftsorientierung und dem gesellschaftspolitischen Konflikt zwischen religiös-kirchlich-konfessioneller Bindung und Säkularisierung äußerten. Ihre traditionelle Kernwählerschaft bestand daher aus der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft auf der einen und den religiösen, kirchengebundenen Katholiken auf der anderen Seite. CDU und CSU verstanden sich im Gegensatz zur katholischen Zentrumspartei des Kaiserreichs und der Weimarer Republik jedoch als konfessionsübergreifend-christliche Parteien und schufen so von Anfang an die Voraussetzungen für eine über das katholische Milieu hinausreichende „Union“ unterschiedlicher Strömungen innerhalb der Wählerschaft, während sich bei der SPD erst im Laufe der Fünfzigerjahre ein Wandel von der im Arbeitermilieu verhafteten „Klassenpartei“ zur linken Volkspartei vollzog. (2) Als einigende Klammer und gemeinsame Grundüberzeugung von ansonsten durchaus unterschiedliche Interessen vertretenden bürgerlich-konservativen Wählerschichten diente der in der politischen Kultur verankerte und durch den Kalten Krieg aktualisierte Antikommunismus, der von der Union daher auch stets zur Mobilisierung genutzt wurde. (3) Zudem betrieben CDU und CSU eine aktive Integrationsstrategie, durch die es gelang, das bürgerlich-konservative Kleinparteienspektrum (insbesondere die konservative Mittelstandspartei DP, die Vertriebenenpartei GB/BHE und die Bayernpartei) nach und nach weitgehend zu absorbieren. Dabei half ihnen auch der Bedeutungsverlust der Konfliktlinie Einheimische vs. Flüchtlinge und Vertriebene durch die positive wirtschaftliche Entwicklung und den Lastenausgleich. (4) Als Regierungspartei konnte die Union den raschen ökonomischen Aufschwung

Veränderung des Wahlsystems

Klassenkonflikt

Antikommunismus

Integrationsstrategie

Wirtschaftswunder sehr viel stärker für sich nutzen als die SPD. Das „Wirtschaftswunder“ wurde geschickt allein der sozialen Marktwirtschaft und deren Verkörperung in Gestalt des Wirtschaftsministers Ludwig Erhard zugeschrieben. Damit verankerte sich im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung eine einseitige Zuschreibung von Wirtschaftskompetenz an die Union, die heute noch nachwirkt.

Sowohl die gesellschaftlichen Bedingungen auf der Nachfrageseite als auch die Aktivitäten der Union auf der Angebotsseite des politischen Wettbewerbs führten somit dazu, dass die Präferenzen der Wählerschaft in der Folgezeit einseitig zugunsten der Union verteilt waren, d.h. die Union konnte im Vergleich zur SPD auf ein durch die sozialstrukturelle Zusammensetzung und die längerfristigen Grundüberzeugungen der Bevölkerung abgestütztes, strukturell größeres Wählerpotenzial zurückgreifen.

Positionswandel in der Wirtschaftspolitik Reformpolitik Diese nachfragebedingte strukturelle Asymmetrie zugunsten der Union blieb in den nächsten drei Jahrzehnten bis zur Vereinigung erhalten. Bis Ende der Sechzigerjahre konnte die SPD den Abstand zur Union allerdings verringern, was vor allem auf zwei Gründe zurückzuführen war: zum einen auf den – in der Person des SPD-Wirtschaftsministers Karl Schiller symbolisierten – Positionswandel der SPD im Bereich der Wirtschaftspolitik, der sie auch für Wähler der neuen Mittelschicht aus Angestellten und Beamten salonfähig machte, zum anderen auf die in der Frühphase der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt propagierte Reformpolitik, welche die 68er-Generation und die Intellektuellen an die Seite der SPD brachte. Der Höhepunkt dieser Entwicklung wurde 1972 erreicht, als die SPD mit hauchdünnem Vorsprung vor der Union zur stärksten Partei wurde. Diese Wahl war jedoch nicht der Beginn einer prinzipiellen Chancengleichheit zwischen den beiden Volksparteien, sondern ein durch eine optimale Konstellation der kurzfristigen Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten erklärbarer Ausnahmefall, der an der strukturellen „bürgerlichen Mehrheit“ nichts änderte.

gesellschaftlicher Säkularisierungsprozess Parteireformen neue Prägungen Allerdings nahm die Mobilisierungsfähigkeit der Union schon ab Mitte der Siebzigerjahre – mit Ausnahme von 1983 – kontinuierlich ab: Im Jahre 1976 stimmten 43,7% der Wahlberechtigten für die Union, im Jahre 1990 nur noch 34,5% (Wahlgebiet West). Die längerfristigen Gründe für diese Entwicklung waren: (1) Der traditionelle Kern der CDU/CSU-Wählerschaft, die Gruppe der kirchengebundenen Katholiken, schmolz aufgrund des gesellschaftlichen Säkularisierungsprozesses langsam aber kontinuierlich ab; (2) durch die Parteireformen der Siebzigerjahre entfremdete sich die CDU/CSU zum Teil von den sie tragenden lokalen Honoratiorenschichten; (3) die unionsnahe politische Sozialisation der Nachkriegszeit, die bei vielen Wählern zu einer starken lebenslangen Unionsprägung geführt hatte, wurde spätestens in der Phase der „68er“ durch neue Prägungen abgelöst.

traditionelle Kernwählerschaft verringerte sich Die SPD konnte bis zum Ende der Achtzigerjahre von der zunehmenden Mobilisierungsschwäche der Union jedoch nicht profitieren, im Gegenteil: Während sich 1976 noch 38,3% der Wahlberechtigten für sie entschieden, waren es 1990 im Wahlgebiet West nur noch 27,7%. Auch hierfür gab es mehrere Gründe: (1) Auch die SPD wurde vom gesellschaftlichen Wandel getroffen: Sie hatte sich zwar teilweise neue Wählerschichten erschlossen, aber ihre traditionelle Kernwählerschaft verringerte sich durch den Wandel der Berufsstruktur und die Ende der Sechzigerjahre einsetzende Erosion der traditionellen Milieus. (2) Die SPD erlebte in den späten Siebziger- und frühen Achtzigerjahren sich verschärfende innerparteiliche

Spannungen, die nicht ohne Auswirkungen auf ihre Wählerschaft blieben. (3) Der Parteienwettbewerb wurde weiterhin durch die beiden schon genannten Konfliktlinien geprägt, die sich seit Ende der Sechzigerjahre durch die Veränderung der Erwerbsstruktur, den Wertewandel, die Säkularisierung, die Bildungsexpansion, die Mobilitätssteigerung und die Individualisierung der Gesellschaft einerseits immer mehr zu reinen Wertekonflikten entwickelten und andererseits an Bedeutung verloren. Die ökonomische Konfliktlinie äußerte sich jetzt in Form eines Sozialstaatskonflikts, der als Wertekonflikt um die Rolle des Staates in der Ökonomie zwischen marktliberalen und an sozialer Gerechtigkeit orientierten, staatsinterventionistischen Positionen ausgetragen wurde, durch die in der Regel positive Wirtschaftsentwicklung aber an Schärfe verloren hatte. Seit Ende der Siebzigerjahre begann sich jedoch eine neue, gesellschaftspolitische Konfliktlinie herauszubilden, die als Konflikt zwischen libertären und autoritären Wertesystemen bezeichnet werden kann. Diese Konfliktlinie betrifft die Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens. Ihre Pole werden gebildet durch libertäre Werthaltungen wie ein modernes Erziehungs-, Frauen- und Familienbild, Betonung von Selbstverwirklichung, Toleranz gegenüber Minderheiten, Bejahung von Multikulturalität und Unterstützung nonkonformistischer Lebensstile und autoritäre Werte wie ein traditionelles Erziehungs-, Frauen- und Familienbild, Unterordnung unter Autoritäten, Intoleranz gegenüber Minoritäten, kulturelle Abschottung, Fremdenfeindlichkeit und Unterstützung konformistischer Lebensstile. Teilaspekte des traditionellen konfessionell-religiösen Konflikts wurden in diese neue Konfliktlinie einbezogen und sie wurde parteipolitisch organisiert: Der libertäre Pol wurde durch die Grünen repräsentiert, die sich 1980 erstmals an Bundestagswahlen beteiligten und 1983 in den Bundestag einzogen. Mitte der Achtzigerjahre wurde der bisher allein durch die NPD repräsentierte autoritäre Pol durch die Republikaner und die Deutsche Volksunion (DVU) verstärkt. Für die SPD erwiesen sich die Grünen als Konkurrenzpartei, die ihr einen Teil der durch ihre gesellschaftspolitische Öffnung in der Willy-Brandt-Ära gewonnenen Wähler wieder abspenstig machte.

innerparteiliche
Spannungen

Wertekonflikt

neue Konfliktlinie

Da in den Achtzigerjahren somit beide Volksparteien zunehmende Mobilisierungsschwächen aufwiesen, verringerte sich die „Zweiparteiendominanz“ des deutschen Parteiensystems deutlich: In den Siebzigerjahren konnten beide Parteien zusammen 82% der Wahlberechtigten für sich gewinnen, 1990 waren es im Wahlgebiet West nur noch 62%. Die strukturelle Asymmetrie zugunsten der Union blieb jedoch bestehen.

2. Die Entwicklung nach der Vereinigung: von der nachfrage- zur angebotsbedingten Asymmetrie?

2.1 Der Abbau der nachfragebedingten Asymmetrie zwischen Union und SPD

Nach der Vereinigung verstärkten sich die langfristigen Probleme der Union: (1) Die traditionelle Kernwählerschaft wurde durch das Hinzukommen der ostdeutschen katholischen Diaspora noch deutlich kleiner und der Säkularisierungspro-

Säkularisierungs-
prozess

Antikommunismus zess setzte sich fort; (2) mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes entfiel der Antikommunismus als verbindende Klammer der verschiedenen bürgerlichen Wählerschichten; (3) in Ostdeutschland hatte die CDU deutliche Organisationsprobleme und wurde von vielen Wählern für die Nichterfüllung der mit der Wiedervereinigung geweckten hohen Erwartungen verantwortlich gemacht. Diese Entwicklungen ließen die nachfragebedingte, vor allem durch die sozialstrukturelle Zusammensetzung und die längerfristigen politischen Grundorientierungen der Wählerschaft verursachte Asymmetrie zugunsten der Union bis Ende der Neunzigerjahre weitgehend zerfallen. Dass die SPD bei der Bundestagswahl 1998 die Union erstmals nach über einem Vierteljahrhundert wieder überflügeln konnte, lag daher nicht nur an kurzfristigen Einflussfaktoren, sondern auch an der Tatsache, dass sich die Union nicht mehr auf ein strukturell größeres Wählerpotenzial stützen konnte.

Organisations-
probleme

Schrumpfung der
Kernwählergruppen

Es spricht vieles dafür, dass die erneute Herausbildung einer nachfragebedingten strukturellen Asymmetrie, also eines langfristig größeren Wählerpotenzials einer der beiden Volksparteien, in Zukunft eher unwahrscheinlich ist: Die schon angesprochenen Veränderungen der Rahmenbedingungen des politischen Wettbewerbs durch langfristige Prozesse des ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandels führten zu einer Aufweichung der Beziehung zwischen sozialer Gruppenzugehörigkeit und Wertorientierungen, zu einer Erosion der traditionellen sozialen Milieus und damit einer Schrumpfung der Kernwählergruppen der Parteien sowie generell zu einer Abnahme der langfristigen Bindungen an eine Partei. Insgesamt wurde damit das Wahlverhalten flexibilisiert, d.h. die Wahlberechtigten sind in ihrem Verhalten für die Parteien unberechenbarer geworden. Vor allem die Volksparteien mit ihrer immer heterogener werdenden Wählerschaft können immer weniger auf einen längerfristig stabilen Wählerstamm setzen.

2.2 Das Glaubwürdigkeitsproblem der SPD und die Strukturveränderung des Parteiensystems

Der Triumph der SPD über die Union von 1998 war nur durch den Abbau der strukturellen Asymmetrie zwischen den beiden Parteien möglich geworden. In den nächsten beiden Bundestagswahlen von 2002 und 2005 lagen SPD und Union dann auch gleichauf. Wie konnte es unter diesen Bedingungen zum Desaster von 2009 kommen? Um diese Frage zu beantworten, muss die Angebotsseite des politischen Wettbewerbs in den Blick genommen werden, denn die gestiegene Flexibilisierung des Wahlverhaltens – also der Nachfrageseite des politischen Wettbewerbs – führt dazu, dass die Angebotsseite ein größeres Gewicht erhält. Die von den Wahlergebnissen bestimmte Gestalt des Parteiensystems wird damit stärker als früher vom inhaltlichen und personellen Angebot der Parteien beeinflusst. Führen Veränderungen dieses Angebots zu einer Veränderung der Akteursstruktur des Parteiensystems, dann kann hierdurch eine neue, nun angebotsbedingte Asymmetrie zwischen den beiden Volksparteien entstehen.

inhaltliches Angebot
der Parteien

Das inhaltliche Angebot der Parteien an die Wähler besteht im Wesentlichen in den Positionen, die sie im Rahmen der den Parteienwettbewerb prägen-

den Konfliktlinien einnehmen. Nach den Veränderungen in den Achtzigerjahren (vgl. Abschnitt 1) wird das Parteiensystem seit der Vereinigung von zwei wesentlichen Konfliktlinien bestimmt: der sozio-ökonomischen Konfliktlinie in Gestalt des Sozialstaatskonflikts und der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie zwischen libertären und autoritären Wertesystemen. Der Sozialstaatskonflikt gewann im Verlauf der Neunzigerjahre immer mehr an Bedeutung, da die Verstärkung des Globalisierungsprozesses, der demographische Wandel in Gestalt der zunehmenden Alterung der Gesellschaft und die vereinigungsbedingten finanziellen Lasten den deutschen Wohlfahrtsstaat zunehmend an die Grenzen seiner Finanzierbarkeit gelangen ließen.

sozio-ökonomische
Konfliktlinie

gesellschafts-
politische
Konfliktlinie

Auf diesem Hintergrund lautet die These zur Erklärung des Wahlergebnisses von 2009: Das SPD-Desaster von 2009 ist auf ein schon seit einem Jahrzehnt bestehendes inhaltliches Glaubwürdigkeitsproblem hinsichtlich der Positionierung im Sozialstaatskonflikt zurückzuführen, das seit 2005 nicht mehr durch ein attraktives personelles Angebot wenigstens teilweise kompensiert werden konnte und das 2007 zu einer Strukturveränderung des Parteiensystems geführt hat, womit die Grundlage für eine neue, nun angebotsbedingte Asymmetrie zwischen den beiden Volksparteien gelegt wurde.

Hinsichtlich ihres inhaltlichen Politikangebots braucht jede Partei einen Markenkern, d.h. eine politische Kernkompetenz, mit der sie verbunden wird, aus der sie ihre Identität schöpft und deretwegen sie primär gewählt wird. Volksparteien brauchen in ihrem Markenkern die Kompetenzführerschaft, d.h. sie müssen bei den Wahlberechtigten als diejenige Partei angesehen werden, der man am ehesten eine Problemlösungskompetenz in diesem Bereich zutraut. Dies allein reicht jedoch nicht, um ihre immer heterogener werdende Wählerklientel anzusprechen. Es muss ein breites Profil an so genannten Sekundärkompetenzen in anderen Politikbereichen hinzukommen.

politische
Kernkompetenz

Der Markenkern der beiden Volksparteien wird durch ihre Positionierung im Sozialstaatskonflikt gebildet. Der Markenkern der SPD liegt in ihrer Sozialkompetenz, die Kernkompetenz der Union ist ihre Wirtschaftskompetenz (vgl. auch Abschnitt 1). Um ihren Volkspartei-Charakter zu erhalten, ist es für die SPD jedoch notwendig, im ökonomischen Bereich ihre Sozialkompetenz durch Wirtschaftskompetenz zu ergänzen, wie auch die Union ihre Wirtschaftskompetenz durch Sozialkompetenz ergänzen muss. Eine optimale Wähleransprache gelingt somit nur, wenn die Kernkompetenz durch die Sekundärkompetenz flankiert wird. Die Verbindung von Kern- und Sekundärkompetenz definiert sozusagen einen „Akzeptanzkorridor“ seitens ihrer Wählerschaft, innerhalb dessen sich die Partei mit ihrem Politikangebot halten muss und den sie nur verlassen kann, wenn sie ihren Wählern sehr gute und von diesen nachvollziehbare Gründe für ihre Neupositionierung liefert. Deutliche Wählerverluste drohen, wenn eine Volkspartei durch ihr Politikangebot (1) innerhalb des Akzeptanzkorridors sehr hohe Erwartungen bei den Wählern weckt und diese wesentlich enttäuscht oder den Akzeptanzkorridor ohne optimale Kommunikationsstrategie verlässt, indem sie (2) die Kernkompetenz vernachlässigt, ohne dies durch einen deutlichen Gewinn an Kompetenzzuschreibung bei der bisherigen Sekundärkompetenz ausgleichen zu können bzw. (3) die Kernkompetenz zu einseitig betont und die Sekundärkompetenz völlig vernachlässigt. Die Probleme werden verstärkt,

Kernkompetenz und
Sekundärkompetenz

wenn eine kleinere Konkurrenzpartei mit dem gleichen Markenkern im Parteiensystem existiert, die sich wegen ihrer homogeneren Wählerschaft stärker allein auf ihre Kernkompetenz stützen kann. Abgefedert oder verschlimmert werden solche Probleme zudem noch je nach den Sekundärkompetenzen, die die Volksparteien im Rahmen der zweiten Konfliktlinie des Parteiensystems besitzen, dem gesellschaftspolitischen Libertarismus-Autoritarismus-Konflikt. Im schlimmsten Fall droht einer Partei durch ihre Positionierungsschwierigkeiten ein völliger Identitätsverlust in den Augen der Wähler, so dass sie nach allen Seiten an Zustimmung verliert.

Die SPD versäumte es in ihrer Oppositionszeit während der Neunzigerjahre, ihre Position im Rahmen des Sozialstaatskonflikts im Lichte der gewandelten ökonomischen Rahmenbedingungen rechtzeitig zu diskutieren, eine programmatisch klar umrissene und an den eigenen Grundwerten ausgerichtete Reformkonzeption als Antwort auf die neuen Herausforderungen zu formulieren und diese Neupositionierung den Wählern in einem sorgfältig vorbereiteten politischen Kommunikationsprozess zu vermitteln.

Wahlkampf 1998

Der erste Versuch zur Behebung dieser Versäumnisse wurde im Wahlkampf 1998 gestartet. Mit dem durch das Duo Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine verkörperten Slogan „Innovation und soziale Gerechtigkeit“ wurde den Wählern eine optimale Verbindung von sozialer Kern- und wirtschaftlicher Sekundärkompetenz suggeriert. Den Wählern wurde der Eindruck vermittelt, es gäbe ein sozialdemokratisches Konzept eines innovativen und sozialverträglichen Umbaus des Sozialstaates unter Vermeidung sozialer Einschnitte für weite Kreise der Bevölkerung. Die damit geweckten hohen Erwartungen konnten nach der Regierungsübernahme jedoch nicht eingelöst werden, da hinter dem Wahlversprechen keine ausgearbeitete und unstrittige Politikkonzeption stand, die man jetzt in Regierungshandeln hätte umsetzen können. Dies führte zu deutlichen Verlusten sowohl an Sozial- als auch an Wirtschaftskompetenz und damit zu einer Akzeptanzkrise der SPD, die die Partei in der Wählergunst dramatisch abstürzen ließ: Innerhalb eines Jahres verlor die SPD fast die Hälfte ihres Wählerpotenzials.

Schröder-Blair-Papier

Dieser Absturz konnte auch nicht durch den im Juni 1999 von Gerhard Schröder gestarteten zweiten, nun weniger an die Wähler als an die Partei gerichteten Versuch zur Behebung der Versäumnisse in Form des „Schröder-Blair-Papiers“ aufgehoben werden. Große Teile der Partei verweigerten sich einer ernsthaften Diskussion, weil man die Prämisse des Papiers, die gewandelte wirtschaftliche Realität erlaube die Aufrechterhaltung des bisherigen Niveaus staatlicher Sozialleistungen nicht mehr, nicht akzeptierte. Eine solche Haltung ist auf dem Hintergrund der in der Bevölkerung bis heute tief verwurzelten Sozialstaatstradition durchaus verständlich. Durch die Nicht-Diskussion des Schröder-Blair-Papiers begab sich die SPD jedoch der Chance, eine sozialdemokratische Konzeption der strikten Ausrichtung aller als notwendig erachteten Anpassungsprozesse des Sozialstaates am Grundwert der sozialen Gerechtigkeit zu entwickeln.

Dies rächte sich knapp vier Jahre später, als der dritte Versuch der Neupositionierung im März 2003 eben nicht in Form einer innerparteilich ausdiskutierten, an den Gerechtigkeitsvorstellungen der Partei und ihrer Wähler orientierten

Konzeption erfolgte, sondern durch die von den Ministerialbürokratien und dem Kanzleramt ausformulierte Agenda 2010, die bei vielen Wählern mit der Zeit immer stärker zum Synonym für soziale Ungerechtigkeit wurde. Damit verließ die SPD den seitens der Wähler bestehenden Akzeptanzkorridor für eine Positionsveränderung im Sozialstaatskonflikt durch die Vernachlässigung ihrer Sozialkompetenz, ohne dass dies durch eine stärkere Zuschreibung von Wirtschaftskompetenz ausgeglichen wurde. Sie musste in der Folgezeit dramatische Wahlniederlagen hinnehmen und nach dem Verlust ihres „Kernlandes“ Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 traten Kanzler und Parteivorsitzender die Flucht nach vorne an und verkündeten das Vorziehen der Bundestagswahl auf 2005. Dass die SPD bei dieser Wahl keine weitere dramatische Niederlage erlitt, sondern fast zur Union aufschließen konnte, lag zum großen Teil an der Union selbst. Auch die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hatte – durch die „Leipziger Grundsätze“ des CDU-Parteitages von 2003 – die Position ihrer Partei im Sozialstaatskonflikt in Richtung Marktfreiheitspol verschoben. Die Umsetzung der Neuorientierung im Unions-Wahlkampf durch eine zu starke Betonung ihres wirtschaftspolitischen Markenkerns bei Vernachlässigung ihrer sozialpolitischen Sekundärkompetenz lieferte der SPD die Munition, sie als Partei der „sozialen Kälte“ zu brandmarken und ihr damit bei den Wählern zu schaden.

Agenda 2010

Leipziger
Grundsätze

Im Endeffekt verlor somit nicht nur die SPD, sondern – in geringerem Maße – auch die Union durch die Positionsverlagerung im Sozialstaatskonflikt einen Teil ihrer sozialstaatsorientierten Klientel. Dies führte in der Anfangszeit der Großen Koalition noch nicht zu einer Neuausrichtung der Politik, im Gegenteil: Im Bemühen um die Konsolidierung der Staatsfinanzen wurde ab dem Frühjahr 2006 mit der Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre, der Kürzung der Pendlerpauschale und der Gesundheitsreform eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die von der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger als sozial ungerecht empfunden wurden, was sich in einem deutlichen Rückgang der Zufriedenheit mit der neuen Regierung niederschlug. Als Reaktion auf diesen Unterstützungszug begannen beide Parteien, wieder stärker sozialstaatsorientierte Positionen einzunehmen. Die Union nahm von der neoliberalen Reformagenda Abstand und die SPD ließ ihren mentalen Abschied von Teilen der Schröderschen Agendapolitik in ihr neues Grundsatzprogramm auf dem Hamburger Parteitag 2007 einfließen. Mit den Hamburger Beschlüssen wählte man sich endlich auf der Siegerstraße, was sich jedoch als Trugschluss herausstellte. Die Partei verlor weiter an Wählerrückhalt und dümpelte ab Mitte 2008 in der Wählergunst bei etwa 25%. Die SPD konnte somit seit 1998 mit keinem ihrer Positionierungsversuche auf der sozialstaatlichen Konfliktlinie eine dauerhaft hohe Wählerakzeptanz erreichen, im Gegenteil: Die SPD-Politik führte einerseits zu einer Erosion ihres Markenkerns und andererseits zu einer Erosion ihrer wirtschaftspolitischen Sekundärkompetenz. Die Wahrscheinlichkeit einer langfristigen Verfestigung dieser Entwicklung zu einer – nun angebotsbedingten – neuen strukturellen Asymmetrie gegenüber der Union ist durch die Tatsache deutlich gestiegen, dass die Agendapolitik Gerhard Schröders eine Repräsentationslücke erzeugte, die durch eine Strukturveränderung des Parteiensystems in Gestalt der Linkspartei geschlossen wurde.

Hamburger Parteitag
2007Strukturveränderung
des Parteiensystems

Dieser Prozess begann 2004 mit der Abspaltung gewerkschaftsorientierter Sozialdemokraten von der SPD in Form der „Wahlalternative Arbeit & soziale

Gerechtigkeit“ (WASG). Für die PDS, die sich schon Mitte der Neunzigerjahre in Ostdeutschland als eine der drei großen Parteien etabliert hatte, im Westen jedoch eine marginale Partei geblieben war, drohte die neue Gruppierung zur westdeutschen Konkurrentin zu werden, bot aber auch die Chance, durch ein Zusammengehen das Vehikel für die erstrebte Westausdehnung zu bilden. Die PDS-Führung entschied sich sehr früh, nicht auf Konfrontationskurs zur WASG zu gehen. Nach teilweise schwierigen Verhandlungen einigte man sich auf eine Zusammenarbeit dergestalt, dass die PDS unter dem neuen Namen „Die Linkspartei.PDS“ mit WASG-Mitgliedern auf ihren Landeslisten an der Bundestagswahl 2005 teilnahm. Der dortige Wahlerfolg (8,7 Prozent) führte zu einem Konsolidierungsprozess, der sich im Mai 2007 bei der Bremer Bürgerschaftswahl im ersten Einzug in ein westdeutsches Landesparlament niederschlug. Im Juni 2007 wurde der Fusionsprozess mit der Gründung der neuen Partei DIE LINKE formell abgeschlossen. Die Landtagswahlen 2008 brachten mit dem Einzug in weitere westdeutsche Landesparlamente den Durchbruch im Westen, und die Linkspartei wurde im Hinblick auf die Bundestagswahl 2009 endgültig zur relevanten gesamtdeutschen Konkurrenzpartei zur SPD, die ihr einen Teil ihres Wählerpotenzials streitig machte. Damit hat die SPD durch ihre eigene Politik den Grundstein für eine neue, nun angebotsbedingte strukturelle Asymmetrie zugunsten der Union gelegt.

2.3 Die Bundestagswahl 2009

Angesichts ihrer strukturell verfestigten Nachteilsposition gegenüber der Union befand sich die SPD vor der Bundestagswahl in einer schwierigen Lage. Für eine erfolgreiche Aufholjagd hätte es einer optimalen Konstellation mit Blick auf die beiden kurzfristigen Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten bedurft, d.h. das personelle und inhaltliche Angebot der SPD hätte das der Union in den Augen der Wähler weit übertreffen müssen. Zudem hätte die SPD ihren Wählern eine halbwegs realistische Machtperspektive bieten müssen. All dies war jedoch nicht der Fall.

Dass die SPD 2002 und 2005 trotz ihres zunehmenden inhaltlichen Glaubwürdigkeitsproblems genügend Wähler mobilisieren konnte, um zur Union aufzuschließen, lag auch an ihrem personellen Angebot in Gestalt ihres Spitzenmanns Gerhard Schröder, dem die Wähler vor den jeweiligen Unionsherausforderern den Vorzug gaben. Seit 2005 hatte die SPD jedoch ein Problem mit ihrem Spitzenpersonal. Sie wechselte dreimal den Parteivorsitzenden aus und trennte Parteivorsitz und Spitzenkandidatur, nachdem der Vorsitzende Kurt Beck durch sein Agieren in der Frage einer Zusammenarbeit der SPD mit der Linkspartei bei der Regierungsbildung nach der Landtagswahl in Hessen Ende Januar 2008 der Partei zu ihrem inhaltlichen auch noch ein personelles Glaubwürdigkeitsproblem beschert hatte. Herausforderer von Angela Merkel wurde Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der sich redlich bemühte, in der Kanzlerpräferenz der Bevölkerung jedoch von Anfang an deutlich hinter Angela Merkel zurück lag. Im Wahlkampfverlauf vergrößerte sich der Vorsprung von Merkel kontinuierlich, und erst mit dem TV-Duell vierzehn Tage vor der Wahl,

Problem mit dem
Spitzenpersonal

in dem Steinmeier deutlich besser abschnitt als erwartet, konnte er den Abstand verringern. Wenige Tage vor der Wahl war jedoch der Vorsprung der Kanzlerin vor ihrem Herausforderer immer noch deutlich größer als am Anfang. Dies lag an der Tatsache, dass Angela Merkel in allen vier von der Bevölkerung zur Beurteilung von Politiker/innen herangezogenen Eigenschaften – der Sachkompetenz, den Führungsqualitäten, der Glaubwürdigkeit und der persönlichen Sympathie – über die gesamte Zeit hinweg deutlich besser bewertet wurde als Frank-Walter Steinmeier. Eine personelle Wechselstimmung war daher bei der Wählerschaft nicht vorhanden, die Mehrheit der Deutschen wollte Angela Merkel als Kanzlerin behalten.

keine personelle
Wechselstimmung

Es war daher nicht verwunderlich, dass die Union ihre Wahlkampagne ganz auf die Kanzlerin ausrichtete. Klare inhaltliche Festlegungen wurden sowohl im ökonomischen als auch im gesellschaftspolitischen Bereich möglichst vermieden. Diese Strategie hatte ihre Gründe. In den ersten Monaten des Jahres 2009 sah sich eine unionsgeführte Bundesregierung durch die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gezwungen, den Akzeptanzkorridor im Sozialstaatskonflikt durch eine zu starke Vernachlässigung ihres wirtschaftspolitischen Markenkerns zu verlassen. Die zur Rettung des Bankensektors als notwendig erachtete (Teil-)Verstaatlichung von Banken und die Diskussionen um eine Staatsbeteiligung an Konzernen wie Opel und Arcandor interpretierte ein Teil der wirtschaftsliberal orientierten Unionsanhänger als Abkehr vom Markenkern der Union und verließ ihrem Widerspruch durch die Wahl der FDP Ausdruck, die ihre klare marktliberale ordnungspolitische Orientierung nicht aufgegeben hatte.

Abkehr vom
Markenkern der
Union

Zudem hatte sich die CDU auch im Rahmen der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie neu positioniert. In der Ära Kohl hatte sich der kulturelle „Mainstream“ zunehmend von der CDU-Position entfernt. Unter der Ägide von Angela Merkel trug die Partei der veränderten gesellschaftlichen Realität Rechnung – das wesentliche Beispiel hierfür ist die Neuausrichtung der Familienpolitik –, verstieß damit jedoch gegen die Werthaltungen des konservativen Teils ihrer Wählerschaft. Anfang 2009 kamen mit der Diskussion um den Sitz der Vertriebenenpräsidentin Erika Steinbach im Stiftungsrat des geplanten Zentrums gegen Vertreibungen und vor allem mit der Kritik Angela Merkels an Papst Benedikt XVI in der Debatte um die Aufhebung der Exkommunikation des Holocaust-Leugners Richard Williamson zwei Themen auf, die konservative Stammwähler noch mehr verprellten. Auch bei dieser Konfliktlinie gibt es für die Volksparteien innerhalb der Partei wie auch bei ihrer Wählerschaft einen Akzeptanzkorridor, dessen Überschreitung zu Unterstützungsentzug führt, was im Wahlkampf unbedingt vermieden werden musste. Klare inhaltliche Festlegungen nach der einen oder anderen Seite hätten somit auf beiden Konfliktlinien des Parteienwettbewerbs zu der Gefahr einer (weiteren) Abwanderung von Teilen der eigenen Wählerschaft geführt und der SPD Angriffsflächen geboten, die diese zur Mobilisierung ihrer eigenen Wählerklientel hätte nutzen können.

Der SPD gelang es nicht, dem als inhaltsleer gebrandmarkten Unionswahlkampf ein eigenes Themenprofil entgegenzusetzen, mit dem man das eigene Wählerpotenzial hätte optimal mobilisieren und unentschlossene Wähler in großer Zahl für die SPD gewinnen können. Auf dem Feld der Sozial- und Wirtschaftspolitik war es allerdings angesichts der langfristigen Erosion sowohl des Marken-

kerns der SPD in Gestalt ihrer Sozialkompetenz als auch ihrer wirtschaftspolitischen Sekundärkompetenz auch extrem schwierig, in der kurzen Wahlkampfzeit eine Trendwende zu erreichen. Wenige Monate vor der Bundestagswahl schien die Europawahl in Juni 2009 die Gelegenheit zu bieten, sich als Hüterin der sozialen Gerechtigkeit und Anker in der Wirtschaftskrise zu profilieren. In der von der Opel- und Karstadt-Krise dominierten Woche vor der Wahl wurde der Bogen jedoch überspannt. Wie eine Analyse der Bevölkerungsorientierungen zeigt, hat die Strategie der Fixierung auf die staatliche Rettung von Arbeitskräften um jeden Preis der Partei eher geschadet, weil sie damit den Akzeptanzkorridor ihrer Positionierung im Sozialstaatskonflikt durch die zu einseitige Betonung ihrer Kernkompetenz und die völlige Vernachlässigung ihrer Sekundärkompetenz verlassen hat. Wenn auch der in der Schlussphase des Bundestagswahlkampfes von der SPD propagierte „soziale Kahlschlag“ bei einem Sieg von Schwarz-Gelb etwas Wirkung zeigte, so hatte ihr sozialer Markenkern dennoch deutlich gelitten und sie konnte deutlich weniger wirtschaftspolitisches Vertrauen binden als die Union. Hinzu kam, dass sie versäumte, im gesellschaftspolitischen Bereich Zeichen zu setzen, die ihr Sekundärkompetenzen im Rahmen des Libertarismus-Autoritarismus-Konflikt verschafft hätten: Bei keinem der relevanten gesellschaftspolitischen Themen konnte sie gegenüber der Union eine klare Kompetenzführerschaft erringen. Die Folge dieses flächendeckenden Mangels an zugeschriebenen inhaltlichen Kompetenzen war ein völliger Identitätsverlust: Wie ein auslaufendes Sieb verlor die SPD Wähler nach allen Seiten.

keine Kompetenzführerschaft

Ein zusätzliches, die Wähler irritierendes Problem der SPD war die Frage nach der eigenen Machtperspektive. In der Schlussphase des Wahlkampfes baute man vor allem die FDP als neoliberales Feindbild auf. Gleichzeitig war die FDP jedoch der erklärte eigene Wunschpartner für eine Ampel als einziger Machtperspektive jenseits der ungeliebten Großen Koalition, da man die andere rechnerisch halbwegs realistische Mehrheitsperspektive, eine Koalition mit den Grünen und der Linkspartei, aus guten Gründen schon von Anfang an definitiv ausgeschlossen hatte.

3. Fazit

Die SPD hat nach ihrer verheerenden Wahlniederlage ihre Probleme weitgehend erkannt und schon kurz nach der Wahl eine Reihe von personellen, inhaltlichen und strategischen Veränderungen zur Wiedergewinnung ihrer alten Stärke vorgenommen, Trotz des schlechten Starts der neuen schwarz-gelben Bundesregierung und der internen Probleme der Linkspartei nach dem Rückzug Oskar Lafontaines aus der Bundespolitik hat sich jedoch bis zum Frühjahr 2010 der Abstand zwischen der Union und der SPD in den Umfragen nicht im Geringsten vermindert und auch die Linke ist nicht eingebrochen. Auch wenn momentan aufgrund der langfristigen Perspektive des Konzepts der strukturellen Asymmetrie noch nicht zu entscheiden ist, ob die Bundestagswahl 2009 tatsächlich den Beginn einer neuen – nun angebotsbedingten – strukturellen Vorteilsposition der Union markiert hat, deutet die Entwicklung nach der Wahl darauf hin.